

p.B. 72.9.15.1 - PFD

Aktennotiz

KSZE-Expertentreffen in Wien vom 13./14.7.93 zur Erwägung der Zweckdienlichkeit einer multilateralen Uebereinkunft, die den KSZE-Institutionen (Sekretariat, Konfliktverhütungszentrum und BDIMR) einen international anerkannten Status gewährt (Mandat beruhend auf dem Beschluss der Minister am dritten Treffen des KSZE-Rates in Stockholm 1992)

Das Treffen dauerte eineinhalb Tage und stand unter der Leitung des Rechtsberaters des schwedischen Aussenministeriums, Botschafter Hans Corell.

1. Auf Antrag der schweizerischen Delegation bat der Vorsitzende zunächst die Sitzstaaten der betroffenen KSZE-Institutionen, die praktischen Probleme und die dafür gefundenen Lösungen darzulegen. Es zeigte sich, dass alle drei Sitzstaaten die praktischen Probleme auf dem Weg der Gesetzgebung vollumfänglich lösen konnten (vgl. Beilage 1 a-c).
2. Die Anhörung der Sitzstaaten war von Belgien namens der EG unterbrochen worden, um sogleich einen ausgearbeiteten Entwurf für ein Abkommen auf den Tisch zu legen (vgl. Beilage 2). Das offensive Vorgehen der EG und das Verhalten des Vorsitzenden führten in der Folge zu einer schlecht strukturierten, zweigleisigen Diskussion. Während die einen, gestützt auf das Mandat, die Frage erörterten, ob die praktischen Funktionsprobleme der KSZE-Institutionen am schnellsten und wirksamsten auf dem Weg eines rechtlich verbindlichen Abkommens zu lösen sind, oder ob es dafür auch andere Wege gäbe, diskutierten andere bereits Detailfragen des EG-Entwurfes.

Der Entwurf der EG wurde reihum von den Delegationen der EG-Staaten verteidigt, wobei das Schweigen der britischen Delegation ebenso auffiel wie das grosse Engagement der spanischen. Von den Nicht-EG-Staaten unterstützte allen voran Oesterreich den Entwurf, dessen Delegationsleiter unverblümt einräumte, sein Land sehe ihn als ersten Schritt auf dem Weg zur Umwandlung der KSZE in eine internationale Organisation; das oesterreichische Landesrecht behandle sie im übrigen bereits heute als solche (ebenso das polnische). Die Gegenposition wurde insbesondere von den Vereinigten Staaten eingenommen, welche den



Abschluss einer internationalen Übereinkunft grundsätzlich ablehnten und seine Zweckdienlichkeit in Frage stellten (vgl. Fragenkatalog der USA, Beilage 3).

Die meisten anderen Delegationen, die sich äusserten, erachteten eine rechtliche Übereinkunft auf der Grundlage des EG-Papiers zwar als prüfenswerte, aber nicht unbedingt als einzige mögliche Lösung für die anstehenden Probleme. Mehrfach wurde betont, dass es noch verschiedene Aspekte zu klären und überdenken gelte und dass verschiedene Bedenken bestünden, namentlich was die Uniformität der Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten anbelangt (s.u.). Die kanadische Delegation äusserte sich mangels Instruktionen nicht, liess jedoch im privaten Gespräch durchblicken, dass sie sich dem von den USA vertretenen Standpunkt näher fühle, als demjenigen der EG.

3. Die Schweizer Delegation verwies zunächst auf die bereits bestehenden, von einer Expertengruppe ausgearbeiteten und vom AHB am 29. Januar 1991 genehmigten politischen Verpflichtungen im zur Debatte stehenden Bereich (vgl. Beilage 4, Signatur des definitiven Dokuments: CSCE/HB/Dec. 1). Danach hätten die Sitzstaaten den Institutionen qua Landesrecht die Rechtspersönlichkeit und die üblichen Vorrechte und Immunitäten zu verleihen, während sämtliche Teilnehmerstaaten reisenden Mitarbeitern dieser Institutionen "angemessene Vorrechte und Immunitäten", wie sie den Bediensteten der Vereinten Nationen zukommen, gewähren müssten.

Nach schweizerischer Ansicht sollte die Diskussion von dieser bestehenden Grundlage ausgehen und dort Verbesserungen anbringen, wo sie sich in der Praxis als ungenügend erwiesen hatte. Es zeigte sich indessen, dass das erwähnte Dokument den andern Delegationen kaum bekannt war. Eine tour de table am zweiten Tag ergab, dass von den vertretenen Staaten einzig die Schweiz (BR-Antrag vom 14. März 1991, vgl. Beilage 5) und die drei Sitzstaaten auf dem Wege der Gesetzgebung (vgl. Beilagen 1 a-c) ihren Verpflichtungen nachgekommen waren.

Wenngleich sich die schweizerische Delegation nicht grundsätzlich gegen eine rechtlich bindende Vereinbarung aussprach, bezweifelte sie ernsthaft, dass damit die funktionellen Bedürfnisse der KSZE-Institutionen schneller und wirksamer befriedigt werden können, als mit einer erweiterten und allenfalls durch Realisierungsfristen und Berichterstattungspflichten bekräftigten politischen Verpflichtung. Der Vorteil der letzteren läge abgesehen vom zeitlichen Element in der allgemeinen Bindungswirkung. Dagegen erachteten wir es als höchst problematisch, dass der EG-Entwurf ein Inkrafttreten nach der Ratifikation durch lediglich 25 Teilnehmerstaaten (Art. 7 (4)) und eine Revision des Abkommens

allein durch dessen Parteien (Art. 6) vorsieht. In diesem Punkt fanden wir breite Unterstützung bei den meisten Nicht-EG-Delegationen und selbst einige EG-Länder räumten ein, dass die Problematik noch einmal zu überdenken sei.

4. Bezüglich der Rechtspersönlichkeit warf die Schweiz die Frage auf, welche Rechtspersönlichkeit Art. 1 des EG-Entwurfes den Institutionen verleihe. Unseres Erachtens war es unklar, ob die allgemeine Formulierung auch die internationale Rechtspersönlichkeit einbezog. In diesem Fall würde auch die Frage nach der Rechtsnatur der Institutionen aufgeworfen, ist doch die eigene Rechtspersönlichkeit im internationalen Recht eines der wesentlichen Merkmale einer internationalen Organisation. Die Vertreter der EG beteuerten unisono, dass das Uebereinkommen nicht die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit, sondern lediglich die landesrechtliche verleihen wolle.

Die Diskussion ergab, dass die Notwendigkeit der Verleihung der Rechtspersönlichkeit qua multilateraler Vereinbarung weit mehr mit dem Budgetrecht einzelner Teilnehmerstaaten (z.B. Frankreichs) als mit wirklichen Funktionsproblemen der Institutionen zu tun hat, was als Indiz dafür gewertet werden kann, dass es den Initianten des Entwurfes letztlich doch um die Schaffung von Völkerrechtssubjekten geht. Auch EG-Vertreter mussten einräumen, dass die Verleihung der Rechtspersönlichkeit qua Landesrecht des Sitzstaates in Verbindung mit dem internationalen Privatrecht die praktischen Probleme im Bereich der Rechtspersönlichkeit im Grunde löste.

5. Das Vorhaben des Vorsitzenden, zum Schluss des Treffens ein schriftliches Chairman's Statement von den Delegationen absegnen zu lassen, scheiterte im Rahmen informeller Vorkonsultationen insbesondere am vehementen und grundsätzlichen Widerstand der liechtensteinischen und - etwas nuancierter - der US-amerikanischen Vertreter. Die schweizerische Delegation äusserte sich nicht zur grundsätzlichen Zulässigkeit eines solchen Statements, brachte aber einige Vorbehalte inhaltlicher Art an.
6. Es ist vorgesehen, dass sich die Experten am 16. und 17. September erneut treffen. Die amerikanischen und deutschen Vertreter haben dem Unterzeichnenden gegenüber angeregt, bis dahin in Kontakt zu bleiben und mögliche gemeinsame Vorschläge zu prüfen.



D. Pfirter

Ausgedruckt am 14. 6. 1993

Regierungsvorlage

Bundesgesetz über die Rechtsstellung von Einrichtungen der KSZE in Österreich

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Einrichtungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit Sitz in Österreich haben in Österreich Rechtspersönlichkeit.

(2) Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten hat Einrichtungen gemäß Abs. 1 in einer Liste zu erfassen und diese im Bundesgesetzblatt kundzumachen.

§ 2. In soweit im Rahmen der KSZE getroffene Vereinbarungen oder Beschlüsse Beobachtungs-, Erkundungs-, Berichterstattungs-, Vermittlungs-, Überprüfungs- oder Überwachungstätigkeiten oder Maßnahmen der Friedenserhaltung in einzelnen Staaten vorsehen, sind die österreichischen Behörden und Organe verpflichtet, Einrichtungen der KSZE und Personen, die mit der Durchführung dieser Tätigkeiten betraut sind, dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen, soweit dem Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen.

§ 3. (1) Einrichtungen der KSZE mit Sitz in Österreich sowie ihren Bediensteten werden Privilegien und Immunitäten im gleichen Umfang eingeräumt, wie sie für die Vereinten Nationen in Wien und ihre vergleichbaren Angestellten auf Grund staatsvertraglicher oder gesetzlicher Regelungen bestehen.

(2) Bediensteten von Einrichtungen der KSZE ohne Sitz in Österreich, die sich in Ausübung ihrer Funktion in Österreich aufhalten, werden Privilegien und Immunitäten im gleichen Umfang eingeräumt, wie sie in Österreich für beauftragte Sachverständige der Vereinten Nationen auf Grund staatsvertraglicher oder gesetzlicher Regelungen bestehen.

§ 4. Den ständigen ausländischen Vertretungen oder Delegationen der KSZE-Mitgliedstaaten zu den in § 1 genannten Einrichtungen sowie deren Mitgliedern werden Privilegien und Immunitäten im

gleichen Umfang eingeräumt, wie sie für die Ständigen Vertretungen und ihre Mitglieder bei den Vereinten Nationen in Wien auf Grund staatsvertraglicher oder gesetzlicher Regelungen bestehen.

§ 5. Mitgliedern ausländischer Delegationen, die an Konferenzen, Treffen und Seminaren der KSZE in Österreich teilnehmen, sowie Vertretern der Teilnehmerstaaten der KSZE, die Beobachtungs- oder Überprüfungstätigkeiten in Österreich gemäß den im Rahmen der KSZE getroffenen Vereinbarungen in den Bereichen Rüstungskontrolle, Abrüstung oder Vertrauens- und Sicherheitsbildung durchführen, werden Privilegien und Immunitäten im gleichen Umfang eingeräumt, wie sie für Vertreter der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bei Tagungen der Vereinten Nationen in Wien auf Grund staatsvertraglicher oder gesetzlicher Regelungen bestehen.

§ 6. Die §§ 3, 4 und 5 stehen dem Genuß von Privilegien und Immunitäten, die einzelnen Angehörigen der darin erwähnten Personengruppen auf Grund anderer Rechtsvorschriften zukommen, nicht entgegen.

§ 7. Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten kann durch Verordnung für Angehörige der in § 3 Abs. 1 und § 4 erwähnten Personengruppe Lichtbildausweise einführen, aus denen die Identität, die Staatsangehörigkeit und die Funktion des Inhabers zu ersehen sind.

§ 8. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 15. Mai 1993 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes tritt das Bundesgesetz über die Einräumung von Privilegien und Immunitäten an das KSZE-Konfliktverhütungszentrum, seine Bediensteten und die Bediensteten anderer ständiger Einrichtungen im Rahmen der KSZE, BGBl. Nr. 339/1991, außer Kraft.

§ 9. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung, hinsichtlich seines § 1 Abs. 2 und § 7 der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betraut.

Delegation of the Czech Republic
to the Conference on Security and
Cooperation in Europe
Vienna

Unofficial Translation

The Law 125

as dated of
March 5, 1992

On the Establishment of the Secretariat of the Conference on Security and Cooperation in Europe and on Privileges and Immunities of this Secretariat and other Institutions of the Conference on Security and Cooperation in Europe.

Taking into account provisions of the Charter of Paris for a New Europe as of November 21, 1990 the Federal Assembly of the Czech and Slovak Federal Republic has adopted the following law:

§ 1

The Secretariat of the Conference on Security and Cooperation in Europe (further as "the Secretariat" only) with the seat in Prague has legal personality.

§ 2

1) The Secretariat, its officials and administrative and technical personnel are granted privileges and immunities in the scope as set out in the Articles II, III and V of the Convention on Privileges and Immunities of the United Nations as of February 13, 1946.

2) Provisions of the Article 1 do not object to privileges and immunities which may enjoy the employees of the Secretariat according to the Vienna Convention on Diplomatic Relations as of April 18, 1961.

§ 3

The delegations of the participating states of the Conference on Security and Cooperation in Europe to conferences held in the Czech and Slovak Federal Republic in the framework of the Helsinki Processus as well as the delegations of the Conference on Security and Cooperation in Europe sent to the Secretariat for official dealings are granted privileges and immunities in the scope as set out in the article IV of the Convention on Privileges and Immunities of the United Nations as dated of February 13, 1946.

§ 4

The officials and administrative and technical personnel of the Conflict Prevention Centre in Vienna, of the Office for Democratic Institutions and Human Rights in Warsaw as well as other institutions of the Conference on Security and Cooperation in Europe which would be established are granted privileges and immunities in the scope as set out in the Article VI of the Convention on Privileges and Immunities of the United Nations from February 13, 1946.

§ 5

This law enters into force on the day of its promulgation.

Beilage 1C %
Experts juridiques

DELEGATION OF POLAND

(Unofficial translation)

DECISION 62
OF THE COUNCIL OF MINISTERS
OF 5 JUNE 1992

on the Office for Democratic Institutions and Human Rights
of the Conference on Security and Co-operation in Europe
with the seat in Warsaw

Referring to the provisions of the Charter of Paris for a New Europe of 21 November 1990 concerning the establishment in Warsaw of the Office for Free Elections of the Conference on Security and Co-operation in Europe, and in implementing the decision of the Council of the Conference on Security and Co-operation in Europe taken in Prague on 31 January 1992 concerning the expansion of the mandate of the Office for Free Elections (...) and the change of its name, the Council of Ministers decides as follows:

§ 1

It is noted that the name of the Office for Free Elections (...), further referred to as "the Office", has been changed into "the Office for Democratic Institutions and Human Rights (...)".

The consent for further functioning of this Office is hereby confirmed.

§ 2

1. The Office enjoys privileges and immunities as set out in the Convention on Privileges and Immunities of the

- 2 -

United Nations of 13 February 1946 (Journal of Laws of 1948. No 39, item 286).

2. The employees of the Office are granted privileges and immunities as set out in the Convention referred to in point 1 above in accordance with activities undertaken or to be undertaken by competent Polish authorities.

3. The officers of the Office delegated to the Office by the States participating in the Conference on Security and Co-operation in Europe other than the Republic of Poland together with the members of their families (...) are granted privileges and immunities as set out in the Convention on Diplomatic Relations concluded in Vienna on 18 April 1961 (Journal of Laws of 1965. No 37. items 232 and 233).

§ 3

Members of delegations taking part in meetings organized on the territory of the Republic of Poland by the Office as well as members of personnel of the Secretariat and the Conflict Prevention Centre (...) arriving in Poland for the exercise of official activities enjoy during the conduct of their official mission in Poland privileges and immunities as set out in the Convention referred to in § 2 point 1.

§ 4

The decision of the Council of Ministers of 2 Mai 1991 on the Office for Free Elections (...) is hereby no longer in force ("The Polish Monitor" No 16. item 106).

§ 5

This decision enters into force on the day of its promulgation.

Chairman of the Council of Ministers

Belgium : EC Presidency

Legal Status of CSCE Institutions

Article 1

The institutions listed in annex 1 shall have legal personality and, in particular, the full legal capacity :

- (A) to contract,
- (B) to acquire and dispose of movable and immovable property,
- (C) to institute legal proceedings.

Article 2

The administrative functions, purposes, and structures of the institutions shall be those set out in the charter of Paris for a New Europe as amended by the consensus of the conference on security and cooperation in Europe.

Article 3

The institutions, their officers and the representatives of the parties shall enjoy the privileges and immunities set out in annex 2 to this agreement.

Article 4

The annexes are an integral part of this agreement.

Article 5

This agreement does not affect the status of any commitment made within the framework of the conference on security and cooperation in Europe.

JUL 28 '93 15:22 PRESIDENCY E.P.C.

Article 6

(1) Any party may propose amendments to this agreement. The text of any proposed amendment shall be transmitted to the depositary government, which shall transmit it to all the parties. If one third or more of the parties so request, the depositary government shall convene a meeting of the parties to examine the proposed amendment and shall invite any states participating in the conference on security and cooperation in Europe which are not parties to this agreement. The adoption of the proposed amendment shall require consensus of the parties.

(2) The amendments shall enter into force as soon as they have been ratified, approved or accepted by all the parties.

(3) An amendment to Annex I shall enter into force for all parties upon its adoption by them, except for a party that has made a declaration that the amendment shall only enter into force for it after completion of the procedures required by its national law.

In the case of such a declaration, the amendment enter into force for that party when it has notified that these procedures have been completed.

Article 7

(1) This agreement shall be open until 30 november 1994 for signature by any state participating in the conference on security and cooperation in Europe. It shall be subject to ratification, acceptance or approval. Thereafter it shall be open to accession by any state participating in the conference on security and cooperation in Europe.

(2) The instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the government of ...

(3) The government of ... shall inform all states participating in the CSCE of the deposit of each instrument of ratification, acceptance, approval or accession and of the date of entry into force of this agreement.

(4) This agreement shall enter into force on 9 december 1994 provided that at least twenty-five states have become party to this agreement by that date. If twenty-five states have not become party to this agreement by that date, it shall enter into force ten days after the deposit of the twenty-fifth instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

(5) In the case of a state depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession less than ten days before 9 december 1994 or after the entry into force of this agreement, this agreement shall enter into force for that state ten days after the deposit of its instrument.

Done in ..., on ..., in the english, french, german, italian, russian and spanish languages, all texts being equally authentic.

ANNEXE 1

(- The secretariat of the conference on security and cooperation in Europe.

- The conflict prevention centre.
- The office for democratic institutions and human rights.)

" The listing of the institutions should await the outcome of discussions on the restructuring of the conference on security and cooperation in Europe".

ANNEXE 2.

(This will contain the privileges and immunities to be accorded for the exercise of the official activities of the following :

1. The Institutions as listed in annex 1;
2. The officers including the High Commissioner for National Minorities and the Secretary general;
3. The representatives of Parties.)

Relevant Questions

1. What host government agreements or other arrangements exist between CSCE institutions or the CSCE and the host~~s~~ governments?
2. Do CSCE institutions or the CSCE contract for goods and services? If not, how does the current system work? If so, are there current problems in this area?
3. What are the current arrangements for acquiring property? Do CSCE institutions or the CSCE own or lease property from foreign governments or private persons? Are there any problems in this area?
4. Has the CSCE or its institutions been sued? Has the CSCE or its institutions sued?
5. What kind of privileges and immunities (e.g, criminal immunity, civil immunity, tax and other exemptions) do people working for CSCE institutions have by ad hoc or other arrangements? What kinds do members of CSCE delegations in Austria, Poland, and Czech have? Are there other states that grant or have granted privileges and immunities, either on a permanent basis or as the need arises (e.g., during a CSCE meeting)? Are there categories of persons who work for CSCE institutions that are or have not been covered by any of these arrangements?
6. Have CSCE states encountered any problems funding entities that do not have legal personality? Would other states encounter any problems funding CSCE institutions that acquire legal personality?
7. If CSCE institutions were to be given formal status, rather than remain part of a "conference," will their budgets need to be separate? How would this affect discussions underway to consolidate CSCE institutions' budgets? Will CSCE States that need to provide any funds directly to legally separate institutions be able to do so? Would a possible lack of uniformity in method of payment cause confusion?

(Anhang)

CSCE
COMMITTEE OF SENIOR OFFICIALS
VIENNA 1991

Distr.
RESTRICTED
CSCE/HB/Dec.1
Vienna, 29 January 1991
Original: ENGLISH

RECOMMENDATIONS OF THE AD HOC GROUP OF EXPERTS OF THE PARTICIPATING STATES ON ADMINISTRATIVE, FINANCIAL AND PERSONNEL ARRANGEMENTS FOR THE CSCE INSTITUTIONAL STRUCTURES CREATED BY THE PARIS SUMMIT

The Ad Hoc Group of Experts of the participating States on administrative, financial and personnel arrangements for the CSCE institutional structures created by the Paris Summit met in Vienna from 14 to 18 January in accordance with the provisions contained in the Supplementary Document of the Paris Charter. The Group welcomed the report of the Panel chaired by the Executive Secretary of the Preparatory Committee, Ambassador Liedermann, as a sound basis for its work. After a thorough evaluation of this report and detailed discussion on the various points raised in it, the Ad Hoc Group decided to transmit the attached recommendations to the Committee of Senior Officials scheduled to meet in Vienna on 28 to 29 January 1991.

I. COMMON PROVISIONS AND REQUIREMENTS FOR THE ENTRY INTO OPERATION OF THE CSCE SECRETARIAT, CONFLICT PREVENTION CENTRE AND OFFICE FOR FREE ELECTIONS

1. Legal basis

The necessary basis for giving the institutions a legal status and according them diplomatic privileges and immunities will be provided by unilateral measures (laws, government decrees) of the host countries. These will also include provisions on the privileges and immunities of their staff. Both these privileges and immunities will be commensurate with those of the United Nations and its staff. Non-local seconded staff will be accredited by the seconding State to the host country thus enjoying privileges and immunities in accordance with the provisions of the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 1961. The host countries are invited to consult among themselves in order to ensure consistency in this respect and communicate their conclusions to the Committee of Senior Officials.

In conformity with their relevant national legislation the participating States will take steps to grant to the staff of the institutions appropriate privileges and immunities commensurate with those enjoyed by employees of the United Nations when travelling in an official capacity.

The rapid entry into operation of the institutions will, if necessary, be ensured by provisional arrangements of the host countries.

2. Personnel

The Directors will within two weeks of their appointment transmit job descriptions for the positions to be filled to the seconding State with which they will consult for the selection of appropriate candidates. These candidates for each institution should speak at least two of the six CSCE working languages.

The States selected by lot will communicate within one month thereafter their intention to second an officer so that the position will be filled as soon as possible.

Administrative and technical personnel will be contracted by the Directors with due regard to cost effectiveness.

Directors will in the light of the functions of the institutions and of local conditions report on exact personnel needs for administrative and technical staff to the Committee of Senior Officials. The Director of each institution will keep the conditions of staff members under review and will bring potential problems to the attention of the Committee of Senior Officials.

Standard requirements for short-term personnel for the organization of meetings will be conveyed by the Directors in a future report to the Committee of Senior Officials.

The Directors will contract language staff under the best possible conditions and with due regard to cost-effectiveness.

The Directors of the institutions will jointly draft specific CSCE staff rules based upon those of other appropriate international institutions for submission to the Committee of Senior Officials at its second meeting. The Directors may jointly propose a revision of such rules based on experience and local conditions.

Seconded officers should continue to be covered by their own social and medical security arrangements. Each institution will arrange for the social and medical insurance of administrative and technical personnel in accordance with the relevant regulations of the host country, and with the CSCE staff rules when established.

3. Premises

The host countries will offer premises for the institutions which fulfil the requirements of each institution as regards smooth operation and cost-effectiveness and will take care of adaptation which may be necessary.

The host countries will bear the costs of the premises of the institutions as they normally function including putting at their disposal adequate premises respectively for scheduled meetings of the Committee of Senior Officials and meetings held by the Consultative Committee of the Conflict Prevention Centre. Costs for utilities will be covered by the institutions.

The Directors will arrange for the purchase, leasing or rental of the necessary office equipment to be paid out of the institution's budget with due regard to cost-effectiveness and compatibility of computer hardware and software.

4. Entry into operation

The Directors will submit a progress report on the entry into operation of the institutions to the next meeting of the Committee of Senior Officials; they will make every effort to ensure that the Council meeting in Berlin may take note that the institutions are operational.

CSCE
COMMITTEE OF SENIOR OFFICIALS
VIENNA 1991

JOURNAL No. 2

2nd MEETING OF THE COMMITTEE

1. Date: Tuesday, 29 January 1991

Opened: 10.55 a.m.
Suspended: 1.10 p.m.
Resumed: 2.55 p.m.
Suspended: 3.15 p.m.
Resumed: 4.05 p.m.
Closed: 4.30 p.m.

2. Chairman: Mr. V. Pavićević (Yugoslavia)

3. Subjects discussed:

Preparation of the work of the Council; review of current issues; consideration of future work of the CSCE including its relations with other international fora; consideration of the recommendations of the ad hoc group of experts on administrative, financial and personnel arrangements for the CSCE institutional structures in the light of the Supplementary Document to give effect to certain provisions contained in the Charter of Paris for a New Europe

4. Statements:

Bulgaria, Poland, Greece, Austria, Czechoslovakia, Germany, Italy, Ireland, United States of America, Turkey, Netherlands, Spain, Liechtenstein, Cyprus, Yugoslavia, Holy See, Sweden, United Kingdom, Union of Soviet Socialist Republics, Luxembourg

Chairman

5. Decisions:

The recommendations of the Ad Hoc Group of Experts of the participating States on administrative, financial and personnel arrangements for the CSCE institutional structures created by the Paris Summit (document CSCE/ET.1/Rev.1) were adopted by consensus and will appear in document CSCE/HR/Dec.1.

It was agreed to hold the second Meeting of the Committee of Senior Officials in Prague on 23 and 24 May 1991 and to hold the third Meeting of the Committee of Senior Officials in Berlin on 17 and 18 June 1991. It was further decided that both these Meetings would be chaired by Yugoslavia.

6. Nomination of Directors and drawing of lots for States to second officers:

In the light of the provisions of the relevant documents of the Paris Summit and bearing in mind that States participating in the CSCE do so as sovereign and independent States and in conditions of full equality, the Committee of Senior Officials has agreed that:

Mr. Nils Eliasson is nominated as the first Director of the CSCE Secretariat

Mr. Bent Rosenthal is nominated as the first Director of the Conflict Prevention Centre

Mr. Luchino Cortese is nominated as the first Director of the Office for Free Elections

The following participating States have been chosen by lot to second officers:

Officers for the CSCE Secretariat:

1. Sweden
2. Belgium
3. Cyprus

Officers for the Conflict Prevention Centre:

1. Iceland
2. Spain

Officer for the Office of Free Elections:

United States of America

7. Interpretative statement under paragraph 79 of the Rules of Procedure (Chapter 6 of the Final Recommendations of the Helsinki Consultations):

The Delegation of the United Kingdom made the following statement:

"With respect to section I, 1, paragraph 2, the United Kingdom can accept the wording proposed but interprets it as meaning that, where national legislation does not allow privileges and immunities to be accorded, none will be given."



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, den 14. März 1991

An den Bundesrat

KSZE-Institutionen (Sekretariat, Konfliktverhütungszentrum, Büro für freie Wahlen); juristischer Status der Mitarbeiter bei Dienstreisen in der Schweiz

1. Am Gipfeltreffen vom November 1990 in Paris haben die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten neue Strukturen und Institutionen des KSZE-Prozesses geschaffen. Das Hauptforum der politischen Konsultationen ist der Rat der Aussenminister, der sich mindestens einmal jährlich trifft. Ein Ausschuss Hoher Beamter bereitet die Treffen des Rates vor und führt dessen Beschlüsse durch.

Zur administrativen Unterstützung dieser Konsultationen wird in Prag ein Sekretariat eingerichtet.

In Wien wird ein Konfliktverhütungszentrum geschaffen, das den Rat bei der Verhinderung von Konflikten unterstützen soll.

Das Büro für freie Wahlen mit Sitz in Warschau erleichtert Kontakte und den Informationsaustausch im Zusammenhang mit Wahlen in den Teilnehmerstaaten.

2. Jede der drei genannten Institutionen wird von einem Direktor geleitet. Er ist ein ranghoher Beamter, der von seiner Regierung entsandt und vom Rat für eine einmalige Amtszeit von drei Jahren ernannt wird.

Ausserdem verfügt jede Institution über eine gewisse Anzahl von diplomatischen Mitarbeitern (drei für das KSZE-Sekretariat, zwei für das Konfliktverhütungszentrum und einer für das Büro für freie Wahlen). Diese Beamten werden von ihren Regierungen für eine Amtszeit von zwei bis drei Jahren entsandt. Sie werden vom Entsendestaat beim Gastland akkreditiert, in dem sie vollen diplomatischen Status geniessen. Ausserdem sind die Direktoren befugt, administratives und technisches Personal einzustellen.

3. In Vereinbarung mit dem Zusatzdokument der Charta von Paris tagte vom 14. bis 18. Januar in Wien eine Ad-hoc-Expertengruppe der Teilnehmerstaaten, die Empfehlungen für die Regelung von Verwaltung, Finanzen und Personal der vom Pariser Gipfel geschaffenen KSZE-Institutionen ausarbeitete.

Bei seinem ersten Treffen prüfte der Ausschuss Hoher Beamter diese Empfehlungen und nahm sie am 29. Januar 1991 an.

4. Gemäss diesen Empfehlungen ergreifen die Gastländer unilaterale Massnahmen (Gesetze, Verordnungen), um den KSZE-Institutionen Rechtspersönlichkeit zu verleihen und ihnen diplomatische Vorrechte und Immunitäten einzuräumen. Diese Massnahmen enthalten auch Bestimmungen über die Vorrechte und Immunitäten der Mitarbeiter der Institutionen. Sie entsprechen jenen der Vereinten Nationen und ihrer Mitarbeiter. Nicht-örtliches Personal wird vom Entsendestaat beim Gastland akkreditiert und geniesst daher Vorrechte und Immunitäten gemäss den Bestimmungen des Wiener Uebereinkommens über diplomatische Beziehungen von 1961.

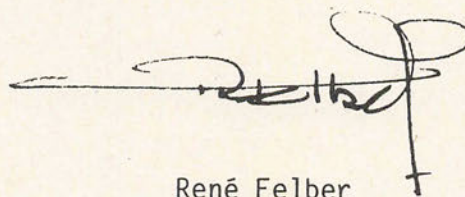
Die übrigen Teilnehmerstaaten ergreifen in Uebereinstimmung mit ihrer einschlägigen nationalen Gesetzgebung geeignete Massnahmen, um allen in dienstlichem Auftrag reisenden Mitarbeitern der Institutionen angemessene Vorrechte und Immunitäten zu gewähren, wie sie den Bediensteten der Vereinten Nationen zukommen.

5. Am 8. Dezember 1969 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Uebereinkommen über Sondermissionen angenommen. Diese Konvention ist am 3. November 1977 von der Schweiz ratifiziert worden und am 21. Juni 1985 in Kraft getreten (AS 1985 1260). Das EDA hat sie im Rahmen der KSZE beim Berner Expertentreffen über menschliche Kontakte 1986 angewendet, indem den Delegationen die in der Konvention vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten eingeräumt wurden. Ausserdem diente das Uebereinkommen bei zahlreichen Abrüstungsgesprächen (SALT, START) als Grundlage zur Festlegung des Status der beteiligten Delegationen.
6. Gemäss Artikel 1 des Uebereinkommens über Sondermissionen bezeichnet der Ausdruck "Sondermission" eine einen Staat vertretende zeitweilige Mission, die von einem Staat mit Zustimmung eines anderen Staates in diesen entsandt wird, um mit ihm über besondere Fragen zu verhandeln oder dort eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen. Dieses Erfordernis ist bei den Mitarbeitern der KSZE-Institutionen nicht erfüllt, weil sie nicht von einem Staat, sondern einer Institution entsandt werden. Die Konvention ist deshalb auf die Mitarbeiter der KSZE-Institutionen nicht direkt anwendbar. Da die Schweiz jedoch nicht Gastland einer der drei Institutionen ist, wird der Aufenthalt von deren Mitarbeitern stets zeitlich befristet sein. Angesichts der Aehnlichkeit der Stellung einer Sondermission mit derjenigen der Mitarbeiter der KSZE-Institutionen ist es gerechtfertigt, die Konvention über Sondermissionen per analogiam auf die letzteren anzuwenden. Sie werden von einer von der Schweiz mitgeschaffenen Institution entsandt, reisen in dienstlichem Auftrag und verhandeln über besondere Fragen oder erfüllen eine bestimmte Aufgabe. Der Analogieschluss besteht in der Anwendung eines Rechtssatzes auf einen Tatbestand, der nicht geregelt ist, aber unter den jenen Satz bestimmenden Grundgedanken fällt. Dieses Erfordernis ist hier erfüllt.
7. Mitarbeiter der KSZE-Institutionen, welche die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, geniessen in der Schweiz die Immunität von der Gerichtsbarkeit und Unverletzlichkeit lediglich in bezug auf ihre in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Amtshandlungen. Ihre Papiere und Dokumente sind unverletzlich.
8. Um den Inhalt des Beschlusses allgemein bekanntzumachen, ist es angezeigt, den beiliegenden Text im Bundesblatt zu veröffentlichen. Die Bundeskanzlei ist mit dem Vollzug der Veröffentlichung zu beauftragen.

- 3 -

9. Aufgrund dieser Ausführungen und im Einverständnis mit den konsultierten Aemtern beantragen wir Ihnen, den beiliegenden Beschlussentwurf zu genehmigen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'René Felber', with a stylized flourish at the end.

René Felber

Beilage: - Beschlussentwurf
- Text zur Veröffentlichung im Bundesblatt, d + f

KSZE-Institutionen (Sekretariat, Konfliktverhütungszentrum, Büro für freie Wahlen); juristischer Status der Mitarbeiter bei Dienstreisen in der Schweiz

Aufgrund des Antrages des EDA vom 14. März 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Die Mitarbeiter der KSZE-Institutionen kommen bei Dienstreisen in der Schweiz in den Genuss der Rechtsstellung, der Privilegien und Immunitäten, wie sie von der Konvention über die Sondermissionen der Vereinten Nationen vom 8. Dezember 1969 (AS 1985 1260) vorgesehen werden.
2. Mitarbeiter, welche die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, geniessen in der Schweiz die Immunität von der Gerichtsbarkeit und Unverletzlichkeit lediglich in bezug auf ihre in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Amtshandlungen.
3. Der dem Antrag beigefügte Text wird im Bundesblatt veröffentlicht. Die Bundeskanzlei wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer

KSZE-Institutionen

juristischer Status der Mitarbeiter bei Dienstreisen in der Schweiz

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom
folgendes beschlossen:

1. Am Treffen der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), das vom 19. - 21. November 1990 in Paris stattfand, wurden ein Sekretariat, ein Konfliktverhütungszentrum und ein Büro für freie Wahlen geschaffen. Die Mitarbeiter dieser Institutionen kommen bei Dienstreisen in der Schweiz in den Genuss der Rechtsstellung, der Privilegien und Immunitäten, wie sie von der Konvention über die Sondermissionen der Vereinten Nationen vom 8. Dezember 1969 (AS 1985 1260) vorgesehen sind.
2. Mitarbeiter, welche die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, geniessen in der Schweiz die Immunität von der Gerichtsbarkeit und Unverletzlichkeit lediglich in bezug auf die in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vorgenommenen Amtshandlungen.

Institutions de la CSCE

statut juridique des collaborateurs effectuant des voyages de service en Suisse

Lors de sa séance du

le Conseil fédéral a décidé ce qui suit :

1. Les chefs d'Etats ou de gouvernement des Etats participant à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) ont décidé de créer lors de leur réunion à Paris du 19 - 21 novembre 1990 un Secrétariat, un Centre de prévention des conflits et un Bureau des élections libres. Les collaborateurs de ces institutions bénéficieront lors de leurs voyages de service en Suisse du statut juridique, des privilèges et immunités, prévus par la Convention sur les missions spéciales des Nations Unies du 8 décembre 1969 (RO 1985 1260).
2. Les collaborateurs de nationalité suisse ne bénéficieront de l'immunité de juridiction et de l'inviolabilité que pour les actes officiels accomplis dans l'exercice de leurs fonctions.

DIREKTION FÜR VÖLKERRECHT

p.B. 72.9.15.1 - PFD

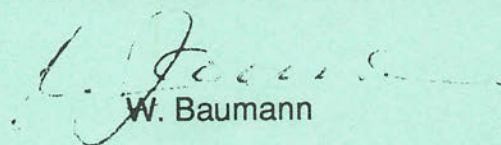
Bern, den 21. Juli 1993

PFI 23. Juli 1993 09

Notiz an die PA IIIKSZE-Expertentreffen in Wien vom 13./14.7.93

Anbei übermitteln wir Ihnen eine Aktennotiz unseres Mitarbeiters Didier Pfirter über den Verlauf des randvermerkten Expertentreffens, welches die Zweckdienlichkeit einer den KSZE-Institutionen einen international anerkannten Status gewährenden multilateralen Uebereinkunft erörterte, sowie die darin erwähnten Beilagen.

DIREKTION FÜR VÖLKERRECHT



W. Baumann

Kopie mit Beilagen geht an:

- Mission Brüssel
- KSZE-Delegation in Wien
- GRN
- CAF
- KSZE - Dienst
- KJF
- KT à.s.r./BWE
- PFD

Kopie ohne Beilagen geht an:

- Herrn Botschafter Pictet, Wien
- Sek. Staatssekretär
- PA I
- HEC à.s.r./ SAG

PFI 23. Juli 1993 09